



Andreas Hilger

# Internationale Geschichte seit 1945

Kohlhammer

**Kohlhammer**

## Der Autor



PD Dr. Andreas Hilger ist Stellvertretender Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Moskau. Er arbeitet zu verschiedenen Aspekten der internationalen Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, u. a. zu deutsch-sowjetischen Beziehungen, zum sowjetischen Verhältnis zum Globalen Süden und zu internationalen Organisationen. In diesen Forschungen spielen übergreifende erinnerungskulturelle Fragestellungen sowie Probleme von Globalgeschichte und Globalisierung eine wichtige Rolle.

Andreas Hilger

# **Internationale Geschichte seit 1945**

Verlag W. Kohlhammer

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Handelsnamen und sonstigen Kennzeichen in diesem Buch berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese von jedermann frei benutzt werden dürfen. Vielmehr kann es sich auch dann um eingetragene Warenzeichen oder sonstige geschützte Kennzeichen handeln, wenn sie nicht eigens als solche gekennzeichnet sind.

Es konnten nicht alle Rechtsinhaber von Abbildungen ermittelt werden. Sollte dem Verlag gegenüber der Nachweis der Rechtsinhaberschaft geführt werden, wird das branchenübliche Honorar nachträglich gezahlt.

Umschlagfoto: Arthur Edelmann (via unsplash.com), Ausschnitt

1. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-032771-9

E-Book-Format:

pdf: ISBN 978-3-17-032772-6

Zusatzmaterial online:

<https://dl.kohlhammer.de/978-3-17-032771-9>

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

# Inhaltsverzeichnis

|  |     |
|--|-----|
| <b>Einleitung</b> .....  | 7   |
| <b>1. Der Beginn der Nachkriegszeit</b> .....                          | 14  |
| 1.1 Der Aufbau einer neuen internationalen Ordnung.....                | 16  |
| 1.2 Die Enola Gay Kontroverse: Erinnerung und Nationalstolz.....       | 35  |
| <b>2. Von den 1940er bis zu den 1970er Jahren</b> .....                | 46  |
| 2.1 Kalter Krieg, Dekolonisation und internationale Akteur:innen ..... | 47  |
| 2.2 Che Guevara: Erinnerung zwischen Ikonisierung und Kommerz.....     | 142 |
| <b>3. Von den 1980er Jahren bis zum 21. Jahrhundert</b> .....          | 150 |
| 3.1 Ordnungen, Krisen und Akteur:innen in der Globalisierung .....     | 151 |
| 3.2 Kinmen National Park: Erinnerung als Unterhaltung und Versöhnung   | 279 |
| <b>4. Ausblick</b> .....   | 287 |
| 4.1 Technologischer Wandel und internationale Beziehungen .....        | 287 |
| 4.2 Wikipedia: Erinnerung im digitalen Zeitalter .....                 | 294 |
| <b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....                                     | 300 |
| <b>Zitierte Literatur und Quellen</b> .....                            | 306 |
| <b>Abbildungsverzeichnis</b> .....                                     | 321 |
| <b>Personenregister</b> .....  | 322 |



# Einleitung

Mit der Arbeit an diesem Buch habe ich im Herbst 2016 begonnen. In Deutschland sprach man da seit einiger Zeit häufiger davon, dass die gesamte Welt aus den Fugen geraten sei: Sie wurde als unübersichtlicher, ungeordneter, instabiler und gefährlicher wahrgenommen als zuvor. Das Feuilleton setzte sich mit diesem diffusen Gefühl ebenso auseinander wie die Tagespresse. Politiker:innen und Politolog:innen, Historiker:innen, Soziolog:innen und Psychotherapeut:innen meldeten sich zu Wort. Es handelte sich keineswegs um ein rein deutsches Unbehagen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), Ban Ki-moon, beschrieb seinerseits im September 2014 vor der UN-Generalversammlung eine Welt, die „auseinanderzufallen“ schien.<sup>1</sup>

Die Diagnose war nicht unumstritten. Andere erkannten in jüngeren Entwicklungen Bewegung hin zu einer besseren Welt, in der sie neue, wichtigere Rollen spielen könnten. Somit war nicht ausgemacht, wessen Welt angeblich in Scherben ging. Die Betrachter:innen waren sich uneins darüber, worin die wesentlichen weltweiten Gefahren oder Chancen bestanden. Folgerichtig bestand kein Konsens in der Frage, welche Instanzen sich mit welchen Mitteln den entsprechenden Prozessen weiter widmen sollten, um sie entweder abzuwehren und zu korrigieren oder um sie zu beschleunigen und zu Ende zu bringen.

Die gegensätzlichen Wahrnehmungen lassen sich anhand einiger weniger Beispiele illustrieren. Im Januar 2017, rund sieben Monate nach dem britischen Brexit-Referendum, feierte die Vorsitzende des französischen Front National, Marine Le Pen, gemeinsam mit der europäischen Rechten das „Ende einer Welt und die Geburt einer neuen“.<sup>2</sup> Wenige Monate später, im Juli 2017, gingen in Hamburg Zehntausende auf die Straße, um Regierungsentscheidungen der G20 ihre Forderung nach „globaler Solidarität“ entgegenzusetzen.<sup>3</sup> Dieses Solidaritätsprinzip sollte ihrer Ansicht nach bisherige globale Strukturen und Denkweisen von Grund auf verändern und weltweite Ungerechtigkeiten beheben.

---

<sup>1</sup> Ban 2014. Exemplarisch Scholl-Latour 2012.

<sup>2</sup> Auf einer Veranstaltung „Freiheit für Europa“ der Parteien der Fraktion des Europäischen Parlaments „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF), Koblenz, 21.1.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=VL45Ffe6m-k> [Zugriff am 5.2.2019].

<sup>3</sup> NoG20-Aktionstage, Gipfel für globale Solidarität, <https://www.g20hamburg.org/de/tags/gegengipfel> [Zugriff: 19.7.2020].

Ein anderer Alternativentwurf globaler Ordnung erlitt in dieser Zeit seine vorläufige Niederlage. Am 29. Juni 2017 erklärte die irakische Regierung das Kalifat für beendet, welches der Islamische Staat im Irak und der Levante (ISIL) 2014 ausgerufen hatte.<sup>4</sup> Der ISIL und sein selbsternannter Kalif, Abu Bakr al-Baghdadi, hatten damit seinerzeit von Mossul aus einen wesentlichen Schritt in Richtung eines weltweiten Gottesstaats tun wollen. Die übergroße Mehrheit der Muslim:innen, sowohl Schiit:innen als auch Sunnit:innen, lehnte den Kalifen, seine Programmatik und seine Methoden ab. Regierungen inner- und außerhalb der Region sowie die UN betrachteten die Aktivitäten des ISIL als blanken Terrorismus. In seiner bereits zitierten Rede von September 2014 stufte Ban Ki-moon die Organisation als „klare Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit“ ein. Sie zählte in seinen Augen zu den vielfältigen globalen Problemen, für die eine gemeinsame internationale „Antwort“ gefunden werden müsse.<sup>5</sup>

Dabei stellten sich die in den Vereinten Nationen versammelten Staaten in dieser Zeit als inhomogene Gruppe mit unterschiedlichen Positionen und Anliegen dar. Um ein Beispiel aus der jährlichen Großdebatte der Generalversammlung 2014 herauszugreifen: Südafrikas Präsident Jacob Zuma äußerte sich hier nicht zu ISIL oder Terror. Stattdessen thematisierte er u. a. den „Kampf“ der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) in der Westsahara „um Freiheit und Selbstbestimmung“.<sup>6</sup> Angesichts der eigenen leidvollen Erfahrungen in der Vergangenheit, so Zuma, würde sich Südafrika immer für globalen Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung sowie für Selbstbestimmung und Freiheit einsetzen und daher Ansinnen wie das der DARS unterstützen. Marokko dagegen hielt am Hoheitsanspruch über die gesamte Westsahara fest und begründete ihn auch mit eigenen antikolonialen Meriten des 20. Jh.s. Derweil stritten sich europäische Repräsentant:innen im Zusammenhang mit der Krim- und Ukraine Krise, welcher Staat die richtigen Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte sowie aus dem Kalten Krieg gezogen habe. In dieser Auseinandersetzung gebrauchte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier das Bild einer aus den Fugen geratenen Welt. Damit war es endgültig im deutschen öffentlichen Diskurs der Zeit verankert.

### *Themen des Buchs: Prozesse, Akteur:innen und Erinnerungen*

Der kurze Streifzug durch jüngere Entwicklungen weist auf die zwei Aspekte Internationaler Geschichte hin, die die vorliegende Darstellung strukturieren.

---

<sup>4</sup> Khaled/Chmaytelli 2017.

<sup>5</sup> Ban 2014.

<sup>6</sup> General Assembly 2014.

Erstens zeigt die lose Skizze die Vielgestaltigkeit – nicht die Gleichrangigkeit! – von Akteur:innen, die international politischen Einfluss nehmen wollten. Sie wurden wiederholt, kontinuierlich oder nur punktuell aktiv. Sie waren von unterschiedlicher Qualität, agierten auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Reichweiten. Ihr Anspruch war, auf die „permanente[n] Aushandlungsprozesse“ einzuwirken, in denen über Entwicklung, Durch- und Umsetzung, Veränderung und Abwehr von „kollektiv verbindlichen“ und damit sanktionierbaren Ordnungs- und Regelungsleistungen für Menschen, Kollektive, Institutionen, Organisationen, Netzwerke und Staaten sowie für deren Handeln und Umgang miteinander entschieden wurde.<sup>7</sup> Regierungen, internationale Organisationen, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen ((I)NGOs), gesellschaftliche Gruppen, Unabhängigkeitsbewegungen und transnationale Bündnisse von Parteien und Ideolog:innen sind nur ein erster Ausschnitt aus dieser internationalen Akteurslandschaft.<sup>8</sup> Sie war im Übrigen insbesondere im staatlichen Bereich vielfach von Männern geprägt.

Die Akteur:innen nutzten aus unterschiedlichen Ausgangspositionen heraus mannigfaltige Instrumente, Legitimationsstrategien, Machtmittel und Einflusskanäle. Die Wahrnehmung von Problemen und die Entscheidungsprozesse standen in Wechselwirkung mit institutionellen, systemischen und kulturellen Rahmenbedingungen und somit beispielsweise mit sozialem, technologischem, kulturellem und wirtschaftlichem Wandel. Die Rahmungen prägten Handlungsspielräume und -muster, Vorstellungen und Präferenzen der Akteur:innen, blieben zugleich jedoch an deren Realisierungen und Aktualisierungen gekoppelt. Diese bestätigten und verfestigten mit ihren Aktivitäten vorhandene Strukturen, passten sie an oder stellten sie infrage und initiierten Veränderungen.

Zu diesen Grundbedingungen gehörten kollektive Erinnerungshaushalte. Damit ist der zweite hier besonders interessierende Punkt angesprochen. Dieser dreht sich um die Frage, wie an internationale Vergangenheit erinnert wird, das heißt, wie Deutungen von vergangenen internationalen Geschehnissen konstruiert werden. Diese Interpretationen liefern Protagonist:innen in aktuellen Debatten Argumente für Überzeugungs- und Legitimierungsversuche. Diese Nutzung und ihre Resonanz deuten jedoch auf komplexere Zusammenhänge jenseits der

---

<sup>7</sup> Stollberg-Rilinger 2005, 14.

<sup>8</sup> Kriminelle Organisationen stellten sich im Übrigen außerhalb des eigentlichen politischen Spielfelds auf, auch wenn sie vom Rand aus versuchen mochten, Entscheidungsfindungsprozesse zu beeinflussen. Im gegebenen Kontext können transnationale kriminelle Aktivitäten sinnvoll nur entlang von Gegenreaktionen der oder bei eindeutigen Verflechtungen mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einbezogen werden.

mal mehr, mal weniger überzeugenden direkten politischen Instrumentalisierungen hin. Die gemeinsame Erinnerung an Vergangenes durch Auswahl, Interpretation und kontinuierliche adäquate (Re-)Präsentation verleiht der kollektiven Selbstvergewisserung ein historisches Fundament. Indem Erinnerung als kulturelle Prägung zum Aufbau grundlegender Orientierungslinien und handlungsrelevanter Identitäten beiträgt, legt sie in der Gegenwart ein Repertoire spezifischer Wahrnehmungs- und Reaktionsmuster nahe. Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Beteiligter, Perspektiven und Deutungskontexte sind Bilder der internationalen Vergangenheit, ihre Akzentuierungen und Leerstellen, besonders umstritten und fragmentiert. Die gemeinsame Betrachtung von inter- und transnationalen Vergangenheiten erweist sich als Prozess mit ungewissem Ausgang. Der ISIL nahm auch in dieser Hinsicht Extrempositionen ein. Er zerstörte antike Kulturgüter als gotteslästerliche Machwerke, um den von ihm bekämpften Ordnungen auf Dauer die historische Basis, Verankerung, Identität und Legitimität zu nehmen.

In den erinnerungskulturellen Prozessen ist die Geschichtswissenschaft nur ein Modus der Erinnerungsbildung, eine spezifische Form der Wissensproduktion und ein Forum der Wissensvermittlung unter vielen. In der „Fülle der Vergegenwärtigungen des Vergangenen“ steht sie mit anderen Kulturproduzent:innen in Wechselbeziehung, Auseinandersetzung und Konkurrenz.<sup>9</sup> Der geschichtswissenschaftliche Einfluss auf öffentlich verbreitete Geschichtsbilder ist keineswegs dominant, im Vergleich zu anderen Angeboten mitunter nur marginal. Andere Formen privater und öffentlicher Geschichtsvermittlung und damit beispielsweise die gesamte *Popular History*, daneben parallele oder konkurrierende mythische, religiöse, politische, kommerzielle und andere fachfremde Deutungsangebote und Präsentationen von Vergangenheit erweisen sich vielfach als äußerst wirkungsmächtig.

In der Interaktion von Produzent:innen, Vermittler:innen und Konsument:innen verlängerte sich insbesondere die sprichwörtliche Macht der Bilder, die bereits zeitgenössische Prozesse und Ereignisse mitformte, in die Konstituierung dominanter kollektiver Erinnerungen hinein. Die Bezeichnung *television war* – für den Vietnamkrieg – oder der Begriff *CNN-effect*, der den Einfluss einer internationalen 24 Stunden-TV-Berichterstattung auf politische Entscheidungsprozesse thematisiert, zeigen, dass „Visualität“ seit langem ein fester „Bestandteil der sozialen und politischen Welt“ ist.<sup>10</sup> Die aktuelle Aufbereitung von Geschehen in Bildsequenzen formte Vorstellungen über die zukünftige Vergangenheit mit, da die Bilder abrufbar blieben. Dementsprechend rief das TIME Magazine 1991 den

---

<sup>9</sup> Beier-de Haan 2005, 44.

<sup>10</sup> Paul 2016, 673–674.

---

Gründer von CNN, Ted Turner, zum *Man of the Year* aus, weil er die „Dynamik der Ereignisse beeinflusst und Zuschauer in 150 Ländern zu direkten Zeugen der Geschichte gemacht“ habe.<sup>11</sup> In der Fortsetzung dieser medialen Wirkungsprozesse veränderte der digitale Wandel erneut maßgeblich Produktion, Vermittlung und Konsum von Ereignissen und von Geschichtserzählungen.

In meinen Augen stellen diese beiden Aspekte – die Handlungsmacht von zahlreichen verschiedenartigen Akteur:innen sowie die facettenreiche Herausbildung von Erinnerungen an internationale Vergangenheiten – besonders relevante und zugleich besonders interessante Aspekte einer Internationalen Geschichte seit 1945 dar. Die historische Analyse legt die Diskrepanzen zwischen internationalen Zugängen offen und beleuchtet ihre Ursprünge und Tragweite. Sie regt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit erinnerungskulturellen Selbstgewissheiten sowie mit dem politischen Gebrauch von Geschichte auch in den internationalen Beziehungen an.

Das Buch schlägt akteursbezogene und erinnerungskulturelle Schneisen durch die Internationale Geschichte seit 1945. Der Schwerpunkt liegt auf einer chronologischen Darstellung, die wesentliche Entwicklungen und Themenfelder internationaler Beziehungen mit den Wandlungen der Akteurslandschaft verzahnt. Spielten tradierte Geschichtsbilder in einzelnen politischen Entscheidungsprozessen eine beachtenswerte Rolle, wird dies in deren Analysen thematisiert. Die Periodisierung ist für den vorliegenden Band ein unerlässliches Hilfsmittel, um Beschreibung und Argumentation zu organisieren. Die Unterteilungen suggerieren keine eindeutigen Abfolgen oder unumkehrbare Entwicklungen, sondern gruppieren wichtige Änderungen in Partizipation, Problemstellungen sowie in Bedingungsgefügen und Grundstrukturen. Die gewählten Zeitabschnitte sind bewusst unscharf abgegrenzt, die Übergänge fließend. Bereits der Auftakt muss in die Jahre vor 1945 zurückgehen, da sich Entscheidungen dieses Jahres ohne Transformationsprozesse und Verhandlungen der Vorjahre nicht erklären lassen. Die Darstellung endet in der ersten Hälfte der 2010er Jahre, endgültig 2015. Ereignisse dieser Zeit werden bewusst nicht als Fluchtpunkte vorheriger Prozesse beschrieben, um die Offenheit der Entwicklungen zu verdeutlichen.

Fallstudien, die erinnerungskulturelle Repräsentationen von Ereignissen oder Persönlichkeiten der Periode untersuchen, schließen die Darstellung der Zeitabschnitte ab. In diesen Fallbeispielen tritt die Beschreibung einen Schritt zurück, um in Tiefenbohrungen Möglichkeiten, Herausforderungen und Probleme spezifischer medialer Vermittlungen von Geschichte aufzuschlüsseln. Sie dokumentieren neben dem Wechselspiel von Erinnerungen und Medien Dissonanzen

---

<sup>11</sup> Time Magazine, 139 (1992), Nr. 1, 6.1.1992, 20.

und Differenzierungen kollektiver Perspektiven auf die internationale Vergangenheit – die vom vorangegangenen eigenen geschichtswissenschaftlichen Narrativ abweichen können.

Einige Hinweise zum Sprachgebrauch sind angebracht. Begriffe wie Staat und Organisation bezeichnen keine natürlichen Einheiten, die auf internationaler Bühne wie selbstverständlich geschlossen handelten. Bezeichnungen wie USA, Paris, chinesische Regierung, aber auch Amnesty International (AI), UN-Sicherheitsrat und Attac sind Aushilfen. Sie und traditionelle Sammelbenennungen wie ‚westliche‘ Staaten, Osteuropa, ‚globaler Süden‘ und ähnliches stellen unverzichtbare Notbehelfe dar, um in gebotener Kürze partielle bzw. potenzielle Gemeinsamkeiten zu markieren. Hinter den Begriffen verbergen sich Gegensätze und komplexe Beschlussfassungen. Ungezählte Personen und Apparate verhandelten unter den Bedingungen ihrer spezifischen Regierungs- und Organisationsformen und Machtkonstellationen über Ziele, Strategien, Instrumente und Ressourcen internationaler Tätigkeit. Nach außen verliehen sie ihnen auf unterschiedliche Art und Weise Profil und Wirkung. Darüber hinaus konnten sie zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen eigene Allianzen bilden, die über thematische, staatliche und organisatorische Grenzen hinweg gingen. Insgesamt stehen die pauschalen Verkürzungen für Mehrheitsinteressen und Positionen, die sich im gegebenen Zeitraum hinter den Kulissen zumindest vorübergehend durchgesetzt hatten. Ihre Genese lässt sich in einer Überblicksdarstellung nicht im Detail nachvollziehen.

Fremdsprachige Zitate habe ich übersetzt. Hinsichtlich der Wiedergabe von Namen und Ortsbezeichnungen werden die in Deutschland üblichen Schreibweisen verwendet. Bei der Benennung von Institutionen und Organisationen benutze ich, soweit ohne größeren Aufwand zu bestimmen, die Selbstbezeichnung, die während der infrage stehenden Geschehnisse genutzt wurde bzw. ihre entsprechende englische oder deutsche Übersetzung. Daher habe ich mich zum Beispiel in der Einleitung für ISIL und nicht für Daesh entschieden.

Abschließend zur Literatur. Der Anmerkungsapparat weist nur direkte Zitate aus. Eine umfangreiche Auswahlbibliografie zu der vorliegenden Darstellung findet sich im Netz unter <https://dl.kohlhammer.de/978-3-17-032771-9>. Amtliche Dokumente, Vertragstexte, UN-Resolutionen usw. sind im Übrigen häufig umstandslos online zu finden.

\* \* \*

Es ist eine sehr spannende Aufgabe, einen Überblick über die Internationale Geschichte seit 1945 zu schreiben. Ich danke Daniel Kuhn dafür, dass er den Anstoß hierfür gegeben hat. Danach haben mich Peter Kritzinger, Julius Alves und

ihre Kolleg:innen im Kohlhammer Verlag in jeder Hinsicht unterstützt und dabei ebenso erstaunliche wie freundliche Geduld bewiesen. Das hier vorliegende Ergebnis fasst Überlegungen und Erkenntnisse aus meiner bisherigen Forschungs- und Lehrtätigkeit zusammen. Demgemäß verdankt das Buch zahllosen Publikationen, Anregungen und Fragen Anderer sehr viel. Vielleicht findet sich die eine oder der andere Impulsgeber:in in den Ausführungen wieder. Benjamin Beuerle, Sandra Dahlke und Jost Dülffer haben sich der Mühe unterzogen, das Manuskript teilweise oder ganz zu lesen und ausführlich zu kommentieren. Hierfür schulde ich Ihnen ebenfalls großen Dank. Miriam Brehmer danke ich für die technische Unterstützung.

# 1

---

## Der Beginn der Nachkriegszeit

Mit gutem Recht betrachtet die Forschung 1945 als eine Zäsur in der Internationalen Geschichte des 20. Jh.s. Der Zweite Weltkrieg bündelte regionale Krisen und legte globale Interdependenzen offen. Kaum ein Land hatte sich dem Krieg gänzlich entziehen können, fast alle verzeichneten Verluste an Leben und/oder materiellen Werten. Durch den Krieg wurden die internationalen Machtverhältnisse endgültig neu organisiert: Im Zuge der enormen Kraftanstrengungen kamen neue Machtzentren und -mittel auf, während zugleich weite Regionen des Globus in Trümmer gelegt wurden.

1945 waren in umkämpften und besetzten Gebieten Städte, Orte und Infrastrukturen zerstört, die Finanzhaushalte und Volkswirtschaften der meisten Kriegsteilnehmer zerrüttet. Europa, Asien und Afrika verzeichneten enorme Fluchtbewegungen und Zwangsmigrationen, teils vorübergehend, teils dauerhaft. Man hat kalkuliert, dass durch den Zweiten Weltkrieg und seine Nachwehen über 7 % der Weltbevölkerung entwurzelt wurden. Angaben über die Todesopfer, die der Krieg forderte, variieren, je nachdem, ob versucht wird, die auf direkte militärische Kriegseinwirkungen zurückgehenden Verluste statistisch von Opfern

rassistischer Besatzungs- und Vernichtungspolitik und Kriegsverbrechen zu unterscheiden. Auch ändern sich die Angaben, wenn man bereits Kontinuitäten von der „verdichteten Gewaltdynamik“ ab den frühen 1930er Jahren mit in den Blick nimmt und Kriegsfolgeschäden ausweist.<sup>12</sup> Alle kursierenden Zahlen bleiben Schätzungen: Die Rede ist von 60 bis nahezu 80 Mio. Toten. Davon waren über zwei Drittel Zivilist:innen.

Kriegsursachen, Verwüstungen und Verbrechen demonstrierten, dass bisherige internationale Regeln, Ordnungsansätze und -instrumente entweder dysfunktional, lückenhaft oder wenig belastbar gewesen waren. Das Geschehen hatte ihre Prämissen und Mechanismen von Grund auf erschüttert, in Teilen delegitimiert. Der in Folge des Ersten Weltkriegs gegründete Völkerbund hatte der internationalen politischen Eskalation der 1930er Jahre, aber auch der Abwärtsspirale der internationalen Wirtschaftsbeziehungen mit ihren verheerenden Auswirkungen letztlich nichts entgegensetzen gehabt. Ihm hatte es, bei allen Leistungen in Teilbereichen, an universaler Reichweite, an Kompetenzen und Instrumentarien innerhalb und jenseits der klassischen Diplomatie, an Unterstützung seiner Mitglieder und damit an Gestaltungs- und Durchsetzungskraft gefehlt. Damit war die Organisation nicht in der Lage gewesen, die Probleme, Krisen und Ideologien, die zur globalen Katastrophe führten, wirksam einzudämmen. Die „große Illusion“ von einer gelungenen „Neuordnung der Welt“ nach dem Ersten Weltkrieg war im Zweiten endgültig zerstoßen.<sup>13</sup>

Zugleich waren 1945 gesamteuropäische und imperiale Führungsansprüche definitiv infrage gestellt, fehlten ihnen doch Legitimität und ausreichend handfeste Argumente. Japans Eroberungszug in Asien hatte die Anfälligkeit der europäischen Metropolen entlarvt und einmal mehr deren Anspruch auf quasi natürliche Überlegenheit widerlegt. Nationalbewegungen in Kolonien und abhängigen Staaten machten deutlich, dass sie ebenfalls das Ende der europäischen Vorherrschaft für gekommen sahen, und dies ganz unabhängig von ihrem Verhältnis zu Besatzern und Befreiern des Zweiten Weltkriegs. Rassistische Groß- und Globalprojekte, von ihren Unterstützer:innen vor dem Krieg als radikale Erneuerung nahezu aller Grundlagen, Regeln und Dimensionen internationaler Beziehungen angepriesen, hatten sich im Krieg nicht als dauerhafte Alternative für eine neue globale Ordnung durchgesetzt. Sie hatten indes unterstrichen, wie verheerend und gefährlich es für die Welt sein konnte, wenn es an internationalen Standards und Schutzvorrichtungen gegen menschenverachtende Regierungsideolog:innen fehlte, die ihre Staaten zu Waffen gegen andere Länder und ihre Einwohner:innen schmiedeten und eigene und fremde Bürger:innen verfolgten.

---

<sup>12</sup> Wolfrum 2017, 28.

<sup>13</sup> Nach dem Titel von Conze 2018.

Daneben zeigte der Krieg, dass Versuche, sich dem Weltgeschehen durch neutrales oder isolationistisches Agieren zu entziehen, im Ernstfall nur sehr bedingt gelingen konnten. Neutralität hatte nicht vor aggressiven nahen und fernen Nachbarn geschützt oder davor bewahrt, in Überlebenskämpfe anderer einbezogen zu werden. Das mussten u. a. Belgien und Norwegen erfahren. Der Iran wurde von den Alliierten besetzt. Argentinien stand unter erheblichem Druck der USA, bevor es sich im März 1945 der Anti-Hitler-Koalition anschloss. Andere Neutrale wurden ebenfalls mit kriegswirtschaftlichen und militärischen Anforderungen von Seiten der Kriegsparteien konfrontiert und bezogen Positionen, die sie zumindest mittel- und längerfristig für ein Lager angreifbar machten.

Zeitgenössischen Führungspersönlichkeiten und Beobachter:innen waren die globalen Verschiebungen und Herausforderungen jenseits des unmittelbaren Kriegsgeschehens im Kern ebenso bewusst wie die internationalen Fehlstellen der Vorkriegszeit. Daher war es unvermeidbar, dass in der Kriegspolitik auch Vorbereitungen auf oder zumindest Erwartungen an die Nachkriegswelt wirksam wurden, die wiederum Erfahrungswerte der Vorjahre in Rechnung stellten.

### **1.1 Der Aufbau einer neuen internationalen Ordnung**

Regierungen und Gesellschaften der Siegerstaaten und Neutralen sowie der meisten Besiegten teilten 1945 das Ziel, eine Wiederholung des Schreckens oder noch Schlimmeres zu vermeiden. Damit standen für die Zukunft hinsichtlich der Ausgestaltung internationaler Beziehungen Frieden und Sicherheit, die Schaffung wirksamer internationaler Organisationen und völkerrechtlicher Regelungen, Funktions- und Leistungsfähigkeit der Weltwirtschaft sowie Fragen nach der Gleichberechtigung der Nationen und dem Schutz von grundlegenden Menschenrechten auf der Tagesordnung. Außerdem meldeten sich Stimmen, die in einem internationalen Neustart die Chance erblickten, weitere „gemeinsame Probleme der Menschheit“ wie etwa den Umweltschutz anzugehen.<sup>14</sup>

Die grundsätzlichen Prioritätensetzungen und Regulierungen waren untrennbar mit unmittelbaren Aufgaben der Zeit verbunden. Zerstörte, unterdrückte oder gebrochene Staaten, Gesellschaften und Wirtschaften waren wiederaufzubauen, individuelle Lebensmöglichkeiten wiederherzustellen sowie grenzüberschreitende Beziehungen zu normalisieren. Die inhaltlichen Herausforderungen verflochten sich mit der Frage, wer internationale Regulierungen bestimmen

---

<sup>14</sup> Radkau 2011, 101.

würde, welche Akteur:innen internationale Handlungsfelder definieren sowie akzeptable Lösungen entwickeln würden. Daran knüpfte die Diskussion darüber an, welche Mittel, mit denen Beschlüsse umgesetzt würden, als legitim und ausreichend galten.

Dies waren die Zusammenhänge, die hinter internationalen Plänen und Visionen standen, die Regierungsbündnisse, Exilregierungen und Widerstandsbewegungen während des Kriegs entwarfen. Realisierungschancen für internationale Projekte waren nicht von der Machtverteilung zwischen den verschiedenen Protagonist:innen zu trennen. Bereits lange vor Kriegsende war eindeutig, dass ohne oder gar gegen die geballte Macht der Großen Drei globale Ideen einstweilen keine politische Zukunft besaßen.

### *Die Großen Drei*

Franklin D. Roosevelt, Josef W. Stalin und Winston Churchill waren bereit, die außergewöhnlichen Kriegsanstrengungen ihrer Länder in entscheidenden internationalen Einfluss umzumünzen. Sie leiteten ihre internationale Legitimation aus dem konkreten Kriegsbeitrag ab, aus den kämpferischen Versprechen, in denen sie der ganzen Welt ab 1941 eine bessere Zukunft in Aussicht stellten, und aus den Hoffnungen, die die Mehrheit der Menschen auf die Großkoalition gegen Deutschland, Japan und deren Verbündete setzte.<sup>15</sup>

Gespräche darüber, welche Leit motive und Mechanismen das internationale Leben nach dem Krieg bestimmen sollten, begannen bereits während der ersten Kriegsjahre. 1942 erkor Roosevelt mit der Idee der Weltpolizisten seine USA, Großbritannien und die UdSSR für zukünftige Führungsaufgaben aus. Die Aufnahme der Republik China in diesen erlauchten Kreis sollte die chinesische Kampfmoral im Krieg stärken und, so das Washingtoner Kalkül, der USA für die Nachkriegszeit einen verlässlichen Partner in Fernost garantieren. China spielte zu diesem Zeitpunkt noch keine wirkliche internationale Rolle und würde sich erst nach 1945 bzw. 1949 auf einen beschwerlichen Zickzack-Weg zur Großmacht machen. Das Frankreich von Charles de Gaulle stieß später zum Klub dazu, da Großbritannien einen weiteren verbündeten Stabilitätsfaktor in Westeuropa für wichtig erachtete.

Die Diskussionen und Entscheidungen dieses Kernzirkels über die Nachkriegsordnung wurden von vielerlei Aspekten geprägt. Dazu gehörten die Machtverhältnisse innerhalb des Bündnisses sowie konkrete militärische und strategische Entwicklungen. Wichtig war auch, welche unmittelbaren Erfahrungen die

---

<sup>15</sup> Atlantik-Charta, 14.8.1941, sowie Deklaration der Vereinten Nationen, 1.1.1942, in: Yearbook 1947, 1–2.

Regierungen im Praxistest des Kriegsverbündnisses mit ihren Partnern machten. Die Kompromissbereitschaft der Alliierten in konkreten Interessenkonflikten während des Kriegs wirkte auf ihre Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit zurück. Beides war zudem unauflöslich mit den jeweiligen Kerninteressen und grundsätzlichen Annahmen über Wesen und Ziele der Beziehungen zwischen imperialen, kapitalistischen und sozialistischen Staaten verknüpft. Aus dem Zusammenspiel dieser Faktoren ergab sich der Wert, den London, Moskau und Washington nicht nur einzelnen Elementen der anvisierten neuen Welt, sondern auch einem möglichen Bündnis nach Kriegsende beimaßen. Jeder Versuch, zu einer solchen Nachkriegsallianz zu kommen, war mit schwerwiegenden Differenzen belastet. Sie speisten sich aus divergierenden längerfristigen internationalen Zielen sowie aus unterschiedlichen Ansichten über Methoden und Instrumente internationaler Politik.

### *Inter-Alliierte Gegensätze*

Für Moskau waren die grundlegenden ideologischen Gegensätze zu den USA und Großbritannien mit dem Bündnis gegen Hitler keineswegs erledigt. Die UdSSR war zwar mit der „demokratischen Fraktion“ des Kapitalismus gegen die „faschistische“ verbündet, so Stalin im Januar 1945, „aber in Zukunft werden wir auch gegen diese Fraktion von Kapitalisten sein“.<sup>16</sup> Allerdings, dessen war man sich im Kreml bewusst, benötigte die geschwächte UdSSR nach Kriegsende die Westalliierten, um „den Ausbruch einer neuen Aggression und eines neuen Kriegs unmöglich zu machen – wenn nicht für immer, dann auf jeden Fall für eine sehr lange Zeit“.<sup>17</sup> Diese Zeitspanne könnte die UdSSR nutzen, um den gesetzmäßigen Vormarsch des Sozialismus zu fördern und sich, auch dadurch gestärkt, umsichtig auf die letzte Auseinandersetzung vorzubereiten.

Vor diesem Hintergrund achtete Moskau während der Kriegsjahre auf potenzielle Bruchlinien zwischen den beiden West-Staaten, die die sozialistische Politik zum eigenen Vorteil nutzen könnte. Die sowjetische Führung war grundsätzlich bereit, opportunistisch Chancen auszunutzen, die sich ergeben mochten, wenn man international präsent blieb und vorsichtig hier und da kapitalistische Standfestigkeit und Geschlossenheit auf die Probe stellte.

Zugleich legte Stalin bereits während des Kriegs enormes Gewicht darauf, seinen sozialistischen Staat für die Zukunft möglichst umfassend gegen Interventionen und Überfälle zu schützen, aus welcher Richtung des Kapitalismus sie auch

---

<sup>16</sup> Gespräch Stalins mit jugoslawischen und bulgarischen Delegationen, 28.1.1945, in: Banac (Hg.) 2003, 358.

<sup>17</sup> Stalin zit. nach Roberts 2006, 195.

kämen. Er hielt günstige territoriale Regelungen für ein wesentliches Instrument der Sicherheitspolitik. Von Bündnissen erwartete er daher den Gewinn klarer Einfluss- und Interessensphären. Diese konnten Stalins Ansicht nach einvernehmlich abgesteckt werden, sofern die Absprachen Interessen anerkannten, die Moskau als gleichrangiger Partner autonom definierte. Nach sowjetischem Dafürhalten rechtfertigten zunächst die sowjetische Widerstandskraft, dann die sowjetischen Siege derlei internationale Ansprüche.

Im sowjetischen Denken stellten revolutionärer Sozialismus und imperial-expansive Großmachtaktivitäten keinen Widerspruch dar. Sichere Einflussgebiete schienen ohne prosowjetische Einstellungen vor Ort undenkbar. Die Umwälzung der Systeme und ihrer Trägerschichten in solchen Gebieten zugunsten eines Sozialismus nach sowjetischem Vorbild galt deshalb nahezu als selbstverständlich: „Jeder führt sein System ein“, soll Stalin erläutert haben, „soweit seine Armee vordringen kann.“<sup>18</sup> Um von Dauer zu sein, hatten entsprechende Transformationen alle wesentlichen Organisations- und Funktionsbereiche der befreiten oder besetzten Gesellschaften zu erfassen: Wirtschaft, Politik, äußere und innere Sicherheit sowie kollektive Werte und Normen. Für solche Umbauten bediente sich der Stalinismus einer großen Bandbreite von Instrumenten, von geschicktem Taktieren bis hin zur nackten Gewalt. Entsprechende Überlegungen stellten gerade für Deutschland keinen Masterplan, aber eine klare Option dar.

Sie waren mit Washingtoner Vorstellungen in vielen Punkten inkompatibel. Roosevelt setzte auf den globalen Siegeszug von liberaler Demokratie und freier Marktwirtschaft. Beides war untrennbar und gewollt mit wesentlichem amerikanischem Einfluss in der Welt verbunden. Selbstbestimmung und Wahlfreiheit in den befreiten Gebieten würden die politischen Voraussetzungen, gefestigte Währungssysteme und Freihandel die wirtschaftlichen Grundlagen für eine bessere Welt schaffen. Roosevelts Zukunftsentwürfe setzten auch für die Nachkriegszeit auf Zusammenarbeit: Indem die maßgeblichen Mächte eng kooperierten, würden sich auf Dauer politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instabilitäten und ihre blutigen Folgen sowie direkte Bedrohungen für Amerikas Sicherheit und Prosperität vermeiden lassen. Die Allianz mit der UdSSR, im Krieg ohnehin alternativlos, sollte sich nach dem Sieg in diesen Gesamtrahmen einfügen. Unter diesen Bedingungen würden alle Staaten die Vorzüge einer globalen Ordnung à la USA erkennen und genießen. Roosevelts Überzeugungsarbeit gegenüber dem sowjetischen Verbündeten beinhaltete auch, sich von Zeit zu Zeit vom Moskau-kritischeren London zu distanzieren.

Churchill, gegenüber Moskau ideologisch äußerst voreingenommen, konnte das deutsch-sowjetische Bündnis von 1939 nicht vergessen. Er sah mit Sorge auf

---

<sup>18</sup> Djilas 1962, 146.

eine neue übermächtige Kontinentalmacht, die es Großbritannien zusätzlich erschweren würde, seine prekäre Globalposition zu behaupten. Die pragmatisch-zyonische sowjetisch-britische Abgrenzung von Interessengebieten in Ost- und Südosteuropa, die Churchill und Stalin im Oktober 1944 vorgenommen hatten, mochte Abhilfe schaffen, sofern sie sich weiterhin mit britischer Macht unterfüttern ließ. Dafür war London jedoch wiederum auf die USA angewiesen, wo die Roosevelt-Administration derartige Geheimabsprachen kaum goutierte. In außenwirtschaftlichen Fragen lagen London und Washington ebenfalls auseinander. Für das Empire hing die eigene Stellung u. a. vom wirtschaftlichen Präferenzsystem des Commonwealth und seinen Schutzzöllen gegenüber der Außenwelt ab. Derlei protektionistische Instrumentarien standen dem ungehinderten Zugang aller und insbesondere der USA zu weltweiten Märkten im Wege.

Generell konnte Washington mit Churchills imperialem Selbstverständnis wenig anfangen. Im Krieg vermuteten die USA in verschiedenen Strategiedebatten, dass hinter der britischen Fokussierung auf das Mittelmeer oder Jugoslawien eher die Sorge um das Empire als um alliierte Siegchancen stand. Umgekehrt verbat sich der britische Premier im Krieg wiederholt amerikanische – und sowjetische – Kritik am britischen Kolonialreich.

Insgesamt hielt Roosevelt das Ende der europäischen Imperien für überfällig. Diese Einschätzung wurde in Moskau geteilt. Während der imperiale Niedergang in Moskau als langfristige Schwächung antisozialistischer Kräfte begrüßt wurde, war es für die USA von vorrangiger Bedeutung, einen unkontrollierten und gewaltsamen Zerfall der Herrschaftsgebiete zu verhindern. Ein ungesteuertes Auseinanderbrechen, so die amerikanische Befürchtung, würde die internationale Stellung der alten Metropolen und damit auch ihren Verbündeten USA bedrohen. Der japanische Siegeszug in Asien verlieh diesem Szenario Überzeugungskraft. Die massive Quit-India-Kampagne der indischen Unabhängigkeitsbewegung gegen die britische Kolonialmacht ab August 1942 sowie die Sammlung indischer Kriegsgefangener in der Indischen Nationalarmee (INA) von Subhas Chandra Bose unter japanischer Vormundschaft verdeutlichten gleichfalls die Gefahren. Washington war überzeugt, dass sich der notwendige Rückhalt im Krieg sowie neue Partner in der Zukunft nur gewinnen ließen, wenn man Nationalbewegungen rechtzeitig die Unabhängigkeit gewährte bzw. diese deutlich und verlässlich vorbereitete. Solche antikolonialen Überlegungen in Washington weckten im Übrigen nicht nur bei Churchill, sondern ebenfalls bei de Gaulle oder in den Niederlanden deutliches Unbehagen.

Die antikolonialen Grundeinstellungen in Moskau und Washington korrespondierten jedoch mit den nationalen Ambitionen der Völker selbst. Diese hatten durch die japanischen Siege über europäische Herren Auftrieb erhalten. Generell

erlebten sie am eigenen Leib, dass die europäisch dominierte internationale Ordnung – erneut – in einer Katastrophe geendet hatte. Indien war nur eines der Länder, in dem während des Kriegs Unabhängigkeitsbestrebungen auf europäisch-koloniale Herrschaft prallten. In Indochina riefen Kaiser und Könige von Annam, Kambodscha und Laos im Frühjahr 1945 unter Japans Ägide ihre Unabhängigkeit von Frankreich aus. Schwere antifranzösische Unruhen in Algerien am 8. Mai 1945 demonstrierten ebenfalls, wie porös das Fundament alter kolonialer Macht geworden war. Schon vorher, im Januar 1944, hatte sich de Gaulle genötigt gesehen, auf der Konferenz des Freien Frankreichs und französischer Kolonialbeamter in Brazzaville den französischen Kolonien mehr wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, Bürgerrechte und politische Mitsprache zu versprechen. Damit wollte er weitergehende Forderungen abblocken. In den britischen Kolonien in Afrika organisierten sich ebenfalls antikoloniale Gruppen. Sie verbanden ihre Forderungen nach Unabhängigkeit mitunter mit antikapitalistischem Furor, da sie koloniale Armut direkt auf imperialistische Ausbeutung zurückführten. Insgesamt entwickelten Vertreter:innen der zukünftigen sogenannten Dritten Welt während des Kriegs eigene Ansätze für dieselben internationalen Problemfelder, denen sich die Großen Drei aus ihren jeweiligen Perspektiven und Interessen heraus mit deutlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten widmeten.

Unter den Drei war das Kräfteverhältnis, wie bereits angedeutet, ebenfalls sehr unausgeglichen. Die USA erreichten bis 1945 den Gipfel ihrer Macht. Sie waren ganz wesentlich davon verschont geblieben, Krieg im eigenen Land führen oder erleben zu müssen und schöpften ihr wirtschaftliches und technologisches Potenzial konsequent aus. Bei Kriegsende belief sich der Anteil der industriellen Produktion der USA an der Weltproduktion auf über 50 %. Der durchschnittliche Lebensstandard ihrer Bevölkerung war unerreicht. Der Dollar als Leitwährung der Welt symbolisierte den weltwirtschaftlichen Einfluss und zementierte ihn. Washington festigte während des Kriegs seinen politischen Einfluss in Lateinamerika. In Regionen von Europa über den Mittleren Osten bis nach Asien etablierten die Vereinigten Staaten ihre politische und militärische Präsenz. Die militärische Stärke der USA wurde durch das – temporäre – Monopol auf die Atombombe noch gesteigert.

Der Nuklearsektor spiegelte das gesamte Machtverhältnis zwischen USA und UdSSR wider: „Das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs stellte die amerikanische globale Hegemonie sicher, mit der Sowjetunion und den von ihr inspirierten kommunistischen Parteien (KP) als die einzige verbleibende große Herausforderung.“<sup>19</sup> Tatsächlich hatte sich die UdSSR vor 1941 nicht auf Augenhöhe mit den

---

<sup>19</sup> Westad 2017, 43.

USA befunden. Im Krieg vergrößerte sich der Rückstand durch 27 Mio. tote Bürger:innen, aufgrund der Verwüstung der Kriegs- und besetzten Gebiete sowie wegen signifikanter Rückgänge in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Allerdings weitete die UdSSR durch den Sieg ihren eigenen Einfluss in Europa und Asien erheblich aus. Territoriale Zugewinne gegenüber Japan und von der Barents- und Ostsee bis zum Schwarzen Meer sowie die Stationierung sowjetischer Truppen bis Berlin und Wien, in Nordkorea und in der Mandschurei verschafften Moskau wichtige militärisch-strategische Zugewinne und Positionen.

Dies gelang der UdSSR in Europa auch deswegen, weil Großbritannien deutlich an Gewicht verlor. Der Krieg laugte das Königreich aus. Er bewies, dass das Empire gegen ernsthafte äußere Gegner wie Japan sowie innere Nationalbewegungen wie den Indischen Nationalkongress (INC) nicht länger bestehen konnte. Bezeichnenderweise war die Londoner Metropole in ihren Kriegsanstrengungen nicht nur von amerikanischer Unterstützung abhängig, sondern musste sich ebenfalls hoch bei Neu-Delhi verschulden, das dabei war, die imperialen Fesseln zu sprengen.

### *Kriegspolitik und Kriegskonferenzen*

Im komplexen Verhältnis der Großen Drei verflochten sich unter Kriegsbedingungen die politisch-ideologischen Differenzen sowie die ungleiche Machtverteilung mit unmittelbaren militärischen Entwicklungen. Der Umstand, dass ‚Ost‘ und ‚West‘ nahezu während des gesamten Kriegs das Verhalten ihrer jeweiligen Alliierten immer wieder daraufhin abklopften, ob sie wirklich bis zum Ende gegen Hitler zusammenstehen würden, reflektierte Widersprüche und Vorbehalte. Dass die konkrete Verteilung von Kriegslasten im Rahmen der gemeinsamen Kriegsführung Implikationen für Handlungsfähigkeit und Gewicht der Mächte nach dem Kriege hatte, lud militärstrategische Meinungsverschiedenheiten und Erwartungshaltungen zusätzlich auf.

Unmittelbar gingen die Meinungen über die von der UdSSR dringend gewünschte zweite Front in Europa auseinander. An ‚westlichen‘ Plänen und grundsätzlichem guten Willen fehlte es nicht. Eine Landung musste jedoch Erfolg versprechen, bedurfte genauer Planung und Vorbereitung und enormer Kapazitäten, und all dies musste geschehen, ohne andere Kriegsschauplätze zu vernachlässigen. Daher war 1942 und 1943 an die Eröffnung einer zweiten kontinentalen Front gegen Deutschland trotz gegenteiliger Versprechungen und ungeachtet des westalliierten Brückenkopfs in Italien nicht zu denken, zum deutlichen Ärger Moskaus.

Die von der UdSSR dringend benötigte amerikanische und britische materielle Unterstützung traf hingegen ab Ende 1941 in größerem Umfang ein. Aufgrund von kriegsbedingten Produktions- und Transportproblemen erreichte sie jedoch erst nach Stalingrad wirklich „bedeutende Ausmaße“.<sup>20</sup> Die Hilfe führte Geber- und Nehmerstaaten längerfristige sowjetische Schwachstellen vor Augen. Für deren Korrektur standen die wichtigen Lend-Lease-Lieferungen aus den USA mit Kriegsende schlagartig nicht mehr zur Verfügung. Amerikanisch-sowjetische Kreditverhandlungen ab 1944 legten außenpolitische Implikationen der sowjetischen Wirtschaftsprobleme offen und blieben ergebnislos.

Darüber hinaus schlugen sich die unterschiedlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten und Bedürfnisse in divergierenden Reparationsvorstellungen nieder. Keineswegs zufällig dachte Stalin bereits im Oktober 1941 im Gespräch mit Eden laut über zukünftige deutsche – und italienische – Reparationsleistungen in Form von beispielsweise „den besten“ Werkbänken oder Maschinen nach.<sup>21</sup> In Jalta (4.–11. Februar 1945) fanden die Alliierten in der Frage der deutschen Reparationen keine Regelung, die alle Beteiligten zufriedenstellte. Der sowjetischen Führung schienen Sachleistungen von Fabriken bis Warenlieferungen in einem Gesamtwert von mindestens zehn Milliarden Dollar plus Zwangsarbeit von Deutschen eine angemessene wirtschaftliche Kompensation und Unterstützung zu sein. Roosevelt und Churchill erinnerten an die Belange anderer besetzter und kriegsführender Staaten. Sie verknüpften die Reparationsfrage zudem mit der Überlebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie der Versorgung der deutschen Bevölkerung. „Ihm, Churchill, gefalle dieses Prinzip: Jedem nach seinen Bedürfnissen und von Deutschland gemäß seinen Kräften“, fasste der Premier seinen Standpunkt zusammen. „Stalin antwortet, er ziehe ein anderes Prinzip vor: Jedem nach seinen Verdiensten.“<sup>22</sup>

Schließlich belasteten bereits im Krieg Moskaus erste konkrete sicherheitspolitische Maßnahmen das alliierte Verhältnis. Dazu zählten die sowjetische Repatriierungspolitik gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter:innen, die (Re-)Stalinisierung der befreiten sowjetischen Gebiete und des Baltikums, Moskauer Aktivitäten in den neusowjetischen Regionen in der Ukraine und in Weißrussland sowie das Agieren im angestrebten Einflussbereich außerhalb der sowjetischen Grenzen.

---

<sup>20</sup> Dülffer 1998, 140.

<sup>21</sup> Protokoll Gespräch Stalin–Eden, 16.12.1941, in: Ržeševskij 2004, 40–41.

<sup>22</sup> 2. Vollsitzung Jalta, 5.2.1945, in: Fischer (Hg.) 1985, 122; 7. Vollsitzung sowie Protokoll zur Frage von Reparationen, 11.2.1945, ebd., 173–176, 192–193.



**Abb. 1:** Churchill, Roosevelt und Stalin (v. l.) auf der Konferenz von Jalta, 1945.

Auf dem europäischen Kriegsschauplatz vollzog bzw. ergänzte die UdSSR die erwähnte sowjetisch-britische Aufteilung der Interessenzonen in Südosteuropa durch bilaterale Freundschafts- und Beistandsverträge mit der Tschechoslowakei (1943), Jugoslawien und Polen (je 1945). Die kompromisslose sowjetische (Re-)Integration alter und neuer Herrschaftsgebiete registrierte man im ‚Westen‘ mit zunehmendem Unbehagen. Moskau wollte in der Region weder nationale Selbstständigkeit noch ‚westliche‘ Einflussnahme. Das sowjetische Vorgehen ließ sich mit der Atlantik-Charta von 1941 und der Erklärung über das befreite Europa von Februar 1945 nicht vereinbaren. Diese hatten das „Recht aller Völker auf die Wahl der Regierungsform, unter der sie leben möchten“, und staatliche Souveränität versprochen.<sup>23</sup> Bereits in Jalta stritten sich die Großen Drei über die Diskrepanz zwischen alliierten Versprechen und den Realitäten, die die UdSSR vor Ort schuf. Ob die Länder nach Abschluss der angestoßenen Transformationsprozesse tatsächlich „zu allen Alliierten freundschaftliche Beziehungen unterhalten“ würden,

---

<sup>23</sup> Erklärung über das befreite Europa, 11.2.1945, in: Fischer (Hg.) 1985, 186–187.

wie Stalin mit Bezug auf Polen argumentierte, hing unter Bedingungen sowjetischer Hegemonie allein vom zukünftigen Verhältnis der Großmächte untereinander ab.<sup>24</sup>

Polens Zukunft war bereits seit 1943 zunehmend umstritten. Stalin fand mit seiner Forderung nach der Westverschiebung der eigenen Grenze Gehör und baute an einer ihm genehmen Nachkriegsregierung mit starken kommunistischen Kräften. Die Konferenz von Jalta stellte Polen territoriale Kompensationen im Westen und Danzig in Aussicht. Darüber hinaus versprachen die Großen Drei baldige Neuwahlen und eine Regierungsumbildung „auf breiterer demokratischer Grundlage unter Einbeziehung demokratischer Persönlichkeiten“.<sup>25</sup> Die grundsätzlichen Vorstellungen der Regierungschefs von freien Wahlen und Demokratie gingen auseinander. Zwischen osteuropäischer Selbstbestimmung und stalinistischer Sicherheitspolitik klang ein enormer Widerspruch. Diese Probleme überließen die siegreichen Regierungen der Zukunft. Konkret befasste sich der neu geschaffene Rat der Außenminister mit entsprechenden Friedensverträgen.

In Deutschland zeichneten sich ähnliche Schwierigkeiten ab. Pläne über eine Zergliederung wurden bis Kriegsende fallen gelassen. Stattdessen einigte man sich auf eine fragile Kompetenzverteilung. Die Besatzungsmächte sollten „in Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen“, gemeinsam agieren, ansonsten die Sieger in ihrer jeweiligen Zone die „höchste Regierungsgewalt“ ausüben.<sup>26</sup> Spannungen zwischen Interessensphären, ‚westlichen‘ und ‚östlichen‘ Einflüssen und Interpretationen sowie dem interalliierten Verhältnis bauten sich bis Sommer 1945 auch hinsichtlich Italiens, Lateinamerikas oder Südosteuropas auf.

### *Die Atombombe*

Dazu kamen unklare Entwicklungen in Asien. Hier sicherte sich Moskau vor der japanischen Kapitulation durch ein Abkommen mit der nationalchinesischen Regierung Zugewinne in der Äußeren Mongolei, in China und Japan, die die Westalliierten in Jalta zugestanden hatten. Die Konzessionen erklärten sich ursprünglich aus der Washingtoner Hoffnung auf tatkräftige Waffenhilfe aus Moskau gegen Japan und auf sowjetische Kooperation bei der Stabilisierung Chinas. Für die USA verlor die sowjetische Kooperation aufgrund des Kriegsverlaufs im Pazifik, der sowjetischen Sperrigkeit sowie angesichts der eigenen Nuklearmacht jedoch an Bedeutung und Attraktivität. Der Abwurf der beiden amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 sowie der sowjetische

---

<sup>24</sup> 3. Vollsitzung, Jalta, 6.2.1945, in: Fischer (Hg.) 1985, 133.

<sup>25</sup> Communiqué Jalta-Konferenz, 11.2.1945, Punkt VI, in: Fischer (Hg.) 1985, 187.

<sup>26</sup> Mitteilung über die Berliner Konferenz, 2.8.1945, in: Fischer (Hg.) 1985, 393.

Angriff auf Japan, der am 9. August begann, ließen strategische Konkurrenzen zwischen USA und UdSSR in Fernost erkennen.

Tatsächlich beschäftigt die Suche nach den Zusammenhängen zwischen Bombeneinsatz, bedingungsloser Kapitulation Japans und früher Nachkriegsentwicklung die historische Forschung bis heute. Damit geht die Frage nach primären und sekundären Motiven und Verantwortlichkeiten für den Einsatz der neuartigen Waffe mit ihrer unvergleichlich verheerenden Wirkung einher. In den beiden japanischen Städten, die Ziel der Atombomben waren, kamen bis Dezember 1945 über 200.000 Menschen ums Leben, die meisten von ihnen unmittelbar nach den Angriffen oder bald darauf. Zivilist:innen machten die Mehrzahl der Opfer aus. Darunter befanden sich zwanzig- bis dreißigtausend koreanische Zwangsarbeiter:innen. Die japanische Kapitulation erfolgte am 15. August gegen den Widerstand jüngerer Offiziere der kaiserlichen Armee.

In der amerikanischen Entscheidungsfindung flossen der aufkommende Kalte Krieg, rassistische Unterströmungen, die Beurteilung der früheren japanischen Aggression und Kriegführung, drohende Verluste bei einer Invasion der japanischen Hauptinseln sowie die Haltung der am Manhattan-Projekt unmittelbar beteiligten führenden Militärs und Wissenschaftler zusammen. Die Gewichtung dieser Faktoren bleibt umstritten. Der Stellenwert der zweiten Bombe im politischen und militärischen Geschehen und damit die Bedeutung, die Tokio in der Entscheidung zur Kapitulation den Atombomben und dem sowjetischen Vormarsch beimaß, ist ebenfalls nicht abschließend geklärt.

Insgesamt war die Atombombe aus Sicht der amerikanischen Führung und wesentlicher Entwickler eine Waffe, die man im Krieg einsetzen konnte. Ihre Wirkung rechtfertigte den hohen Aufwand, der betrieben worden war, und schien den Sieg zu beschleunigen bzw. zu erleichtern – dass sie den Krieg mit einem Schlag beendete, war nicht das zentrale oder gar alleinige Kalkül. Zugleich war sich Washington bewusst, dass ihr Einsatz ein Signal amerikanischer Macht an alle Welt senden würde. Moskau ließ sich öffentlich nicht beeindrucken. Intern sah der Kreml potenzielle negative Implikationen der eigenen Unterlegenheit und intensivierte umgehend die Anstrengungen zum Bau einer eigenen Atombombe.

### *Internationale Zusammenarbeit und Organisationen*

Im Ganzen schleppten die Sieger somit aus der Zeit der Kriegsallianz Spannungen und offene Probleme mit, ohne dass eine längerfristige Kooperation ausgeschlossen schien. Tatsächlich gingen die Regierungen ab 1941 unter dem Eindruck des Kriegsgeschehens erst einmal davon aus, dass sie eigene Ziele nachhaltig und sicher nur in andauernder Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern erreichen

konnten. Von diesem Verständnis zeugten beispielsweise langfristige sowjetisch-britische und sowjetisch-französische Abkommen von 1942 bzw. 1944, vor allem aber Kooperationsbemühungen und -erfolge in verschiedenen Problemkreisen zukünftiger internationaler Beziehungen.

So verständigten sich die Großen Drei recht früh auf Prinzipien, die nach einem siegreichen Kriegsende ihre und alle internationalen Beziehungen leiten sollten. Grundsätze formulierten Roosevelt und Churchill in der bereits erwähnten Atlantik-Charta aus. Dazu zählten der Verzicht auf Eroberungen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker – mit unklarem Anwendungsbereich – sowie freier Welthandel mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Freiheit der Meere. Die beiden Westalliierten gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass in Zukunft alle Völker „innerhalb ihrer Grenzen“ in „vollkommener Sicherheit“ und alle Menschen „frei von Furcht und Not“ leben könnten. Schließlich kamen sie, wenn auch in unverbindlicheren Wendungen, überein, dass Gewaltverzicht aus „praktischen und sittlichen Gründen“ notwendig, einschneidende Abrüstungsschritte zumindest bei den Feinden geboten und generell wünschenswert seien.<sup>27</sup> Dem Katalog schlossen sich am 1. Januar 1942 in der Deklaration der Vereinten Nationen u. a. die UdSSR, China, Indien, die Niederlande, Polen und Südafrika an. Alle jetzigen (26) und späteren (21) Unterzeichner – dazu kamen u. a. Ägypten, Äthiopien, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Syrien und Venezuela – verscrieben sich dem Schutz von Leben, Freiheit, Unabhängigkeit, Recht, religiöser Freiheit und Menschenrechten in ihren und anderen Ländern. Auf diese Weise definierten sie Grundziele und -standards zukünftiger internationaler Beziehungen.

Diese Zielvorstellungen erforderten, die bisherigen Verstöße gegen internationale Absprachen und Normen des Kriegsvölkerrechts zu ahnden. Daher formulierten im Januar 1942 zunächst offizielle Vertreter besetzter west- und ostmittel-europäischer Staaten ihre Absicht, durch internationale Zusammenarbeit dafür zu sorgen, dass die für die „Terrorregime“ in den unterjochten Ländern Verantwortlichen vor Gericht gestellt würden.<sup>28</sup> Die Großmächte beschränkten sich in diesem Komplex zunächst auf eine Beobachterrolle. Seit 1943 engagierten sie sich aktiv. Die United Nations War Crimes Commission (UNWCC), gegründet im Oktober 1943, blieb allerdings auf Beweissicherung beschränkt. Sie war ohne die UdSSR ohnehin unvollständig. Ein Grund für die sowjetische Abstinenz war, dass zwar mehrere Dominions des britischen Empire in der Kommission vertreten wa-

---

<sup>27</sup> Atlantik-Charta, 14.8.1941, in: Yearbook 1947, 1–2.

<sup>28</sup> Deklaration Belgien, Griechenland, Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei, Freies Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, 13.1.1942, in: Inter-Allied Information Committee (Hg.) 1943, 3–5.

ren, London aber die Mitgliedschaft einzelner sowjetischer, (teil-)besetzter Republiken ablehnte. Gerade mit Blick auf die baltischen Staaten wollte London deren sowjetische Vereinnahmung durch Mitarbeit in der UNWCC nicht absegnen. Ungeachtet dessen machte die „Erklärung über Grausamkeiten“ auf der Moskauer Konferenz im Herbst 1943 klar, dass alle Siegermächte einschließlich der UdSSR Täter:innen zumindest zu eigenen Bedingungen ernsthaft verfolgen wollten.<sup>29</sup> Dabei lag das Hauptaugenmerk der kriegführenden Parteien einstweilen auf Kriegs- und Besatzungsverbrechen, nicht auf dem Holocaust. Mit dem Londoner Abkommen zur Errichtung des Internationalen Militärgerichtshofs fanden die Großen Drei bis August bzw. Oktober 1945 eine gemeinsame Grundlage für Prozesse gegen Größen und Institutionen des NS-Staats. Dies zeigte, dass sich internationale Rechtsnormen herstellen und durchsetzen ließen, wenn einzelstaatliche Sonderinteressen wie unbedingte Souveränitätsansprüche zurückgestellt und Sanktionsmöglichkeiten genutzt wurden – wenn also führende Staaten für ein gemeinsames Ziel zusammenarbeiteten.

In anderen Bereichen internationaler Zusammenarbeit übernahmen Roosevelts USA die Initiative. Seine Administration verfolgte nach einigem Hin und Her 1941 das Ziel, das institutionelle Gerüst einer gemeinsam gestalteten Nachkriegsordnung aufzubauen, indem für internationale Herausforderungen gemeinsame Lösungen entwickelt wurden – in der Praxis mit der formalen Mitsprache möglichst vieler Staaten, aber mit letzter Entscheidungsgewalt der Großmächte und mit besonderem Augenmerk auf die amerikanischen Früchte des Siegs. Eine solche internationale Struktur könnte, so die Überlegung in Washington, die zukünftigen bi- und trilateralen Großmachtbeziehungen entlasten bzw. abstützen. Derlei Institutionen noch während des Kriegs zu lancieren, sollte nicht nur den prägenden Einfluss der USA sichern, sondern den Rückhalt der amerikanischen Öffentlichkeit für die dezidiert nicht-isolationistische Politik bewahren.

Mit Blick auf akute Notstände gründeten die Alliierten mit amerikanischer und britischer Vorreiterrolle und vornehmlich Washingtoner Finanzkraft im November 1943 die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA). Sie sollte Flüchtlingen, ehemaligen Gefangenen und Bevölkerungen der Alliierten in befreiten Gebieten Überlebenshilfe leisten. Im Ganzen lag der Fokus auf Europa, auch wenn die UNRRA für China knapp 600 Mio. US-Dollar ausgab und Büros in Korea, Nahost oder Äthiopien unterhielt. Die Entscheidung darüber, ob betroffene Gebiete und Gesellschaften das Hilfsangebot der UNRRA nutzten, lag bei ihren Regierungen. Derweil mochte etwa London die Zuständigkeit für die Bekämpfung von Notlagen in Indien, die von Krieg und imperialer Politik verursacht wurden, nicht mit der internationalen Gemeinschaft teilen, unabhängig davon,

---

<sup>29</sup> Moskauer Deklaration, 30.10.1943, in: Karner/Tschubarjan (Hgg.) 2015, 267–268.

dass es eher schlecht als recht für seine indischen Untertan:innen sorgte. Hinsichtlich des Holocausts kümmerte sich die UNRRA um Gerettete. Deutsche, die 1945 von den sogenannten Aussiedlungen u. a. aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei betroffen waren, blieben satzungsgemäß außerhalb der UNRRA-Aktivitäten.<sup>30</sup>

Daneben ergriffen die USA die Initiative, in Zukunft zur Verbesserung allgemeiner globaler Lebensbedingungen zusammenzuarbeiten. Roosevelt folgte hier dem Rat seiner Expert:innen. Diese hielten eine internationale Organisation am besten dafür geeignet, neue Erkenntnisse in Landwirtschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zu bündeln, um „die Weltbevölkerung mit adäquater Ernährung zu versorgen“.<sup>31</sup> Der Ansatz passte zu US-amerikanischen Vorstellungen über die Liberalisierung des Welthandels, da man sich so zugleich eigener Überproduktion entledigen konnte. Von Mai bis Anfang Juni 1943 versammelten sich im amerikanischen Hot Springs (Virginia) Delegationen aus 44 Staaten, die gegen Deutschland und Japan und deren Verbündete kämpften, um die spätere Food and Agriculture Organisation (FAO) vorzubereiten.

### *Neue internationale Wirtschaftspolitik: Bretton Woods*

Den USA war es insgesamt ein Anliegen, zukünftigen weltwirtschaftlichen Rahmungen ihren Stempel aufzudrücken. Dies gelang auf der maßgeblichen Konferenz von Bretton Woods, auf der alliierte Finanzminister und Leiter der Notenbanken zusammenkamen (1.-22. Juli 1944). In enger Konsultation und intensiver Auseinandersetzung mit britischen Fachleuten setzten die amerikanischen Entsandten dort ihre wesentlichen Vorstellungen durch. Kernziel war es, internationalen Freihandel zu fördern, da man ihn als Motor einer weltwirtschaftlichen Entwicklung zugunsten aller Beteiligten und zum Wohle eines größeren kapitalistischen Ganzen ansah. Grenzenlose multilaterale, integrierte Handels- und Investitionsbeziehungen galten als Garant wirtschaftlichen Fortschritts in ruhigen Fahrwassern, einer damit verbundenen starken US-Wirtschaft sowie als Schutz vor möglicherweise antikapitalistisch informierten Verteilungskämpfen.

In diesen Verhandlungen verhielt sich die sowjetische Delegation sehr zurückhaltend. Die ‚westlichen‘ Grundideen ließen sich zwar mit einigen Interessen der UdSSR vereinbaren, aber kaum mit ihrer antikapitalistischen, sozialistisch-autarken Grundausrichtung. Es gab für Moskau keinen Grund, zugunsten einer kapitalistischen Weltwirtschaft „die eigene Souveränität [...] zu beschränken und

---

<sup>30</sup> Mitteilung über die Berliner Konferenz, Punkt XIII, 2.8.1945, in: Fischer (Hg.) 185, 403.

<sup>31</sup> Zit. nach Staples 2006, 76.